



Europa setzt wichtiges Zeichen gegen Homophobie

Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Politik zum Schutz von LGBTIs in der Union an

Die EU-Mitgliedstaaten verstärken unter Führung der Europäischen Kommission ihr Engagement für den Schutz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen (LGBTIs) in der Europäischen Union. Unter niederländischem Vorsitz gelang der EU ein einzigartiger Durchbruch. Zum ersten Mal herrscht unter den 28 Mitgliedstaaten politische Einigkeit über die Stärkung des Bewusstseins für die geltenden Rechte in der Europäischen Union und damit für die Garantie des gesetzlichen Schutzes von LGBTIs.

Die niederländische Ministerin Jet Bussemaker setzte sich schon seit längerem für eine europäische Strategie in diesen Bereichen ein. 2013 rief sie auf dem ersten internationalen Gipfel zur Gleichstellung Homosexueller IDAHO in Den Haag ihre europäischen Ministerkolleginnen und -kollegen dazu auf, ein gemeinsames europäisches Konzept für die Rechte Homosexueller zu entwickeln. Ein Jahr später traf sie mit einer Reihe europäischer Kollegen Vereinbarungen über die Verbesserung der Rechtsstellung von LGBTIs. Daher zeigte sich die Ratsvorsitzende und NL-Ministerin Bussemaker mit jetzigen Ratschlussfolgerungen zufrieden: „Im Kampf gegen weltweite Homophobie ist europäische Zusammenarbeit unerlässlich. Der abscheuliche Anschlag in Orlando vor ein paar Tagen hat noch einmal unmissverständlich deutlich gemacht, wie wichtig es gerade jetzt ist, dass Europa Flagge zeigt.“ Rechte von

Homosexuellen seien Menschenrechte, die keine Grenzen kennen. Jeder Mensch habe das Recht zu sein, wer er sein möchte, unabhängig von seinem Hintergrund oder seiner Herkunft. Es sei ungemein wichtig, dass man jetzt als Europa die Faust ballen würde und gemeinsam gegen Länder und Organisationen vorgehen könne, die die Rechte von Frauen, von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen verletzen, so die niederländische Ministerin.

Künftig wird die Europäische Kommission jedes Jahr einen Fortschrittsbericht über die Rechtsstellung von LGBTIs in jedem einzelnen Mitgliedsland herausgeben. Der Bericht soll deutlich machen, wo es Probleme gibt und dass Lösungen gefunden werden müssen. Dadurch soll die Position von LGBTIs in Europa gestärkt werden. Die ersten Ergebnisse werden für Ende 2016 erwartet. Malta, das die Ratspräsidentschaft zum 1. Januar 2017 übernimmt, hat bereits mitgeteilt, dass es die Frage der LGBTI-Rechte ebenfalls als vordringlich betrachtet. Damit soll sichergestellt werden, dass das Thema für lange Zeit weit oben auf der europäischen Agenda steht.

Weiterführende Informationen:

<http://www.eu2016.nl/actueel/nieuws/2016/06/16/europa-maakt-gezamenlijke-vuist-tegen-homofobie>